

# Fremdsprachen sind in der Berufsbildung hilfreich, als Pflichtfach aber ungeeignet

Wie wird der Umgang mit der Partnersprache in der Freiburger Berufsbildung gehandhabt? Zwei Unternehmen gewähren Einblick.

Patrick Hirschi

**Freiburg** So stolz die Schweiz auf ihre Mehrsprachigkeit ist, so schwer tut sie sich mit deren Umsetzung in der Schule. Das zeigen zwei aktuelle Beispiele. Da ist zum einen die Stadt Bern.



Sie hatte 2019 zweisprachige Klassen ab der Kindergartenstufe eingeführt, nun aber entschieden, dass dieses Projekt ab dem kommenden Jahr nicht mehr weitergeführt wird – aus fachlichen, organisatorischen und finanziellen Gründen.

Zum anderen sind da die Kantone Zürich und St. Gallen. Diese haben politische Vorstösse lanciert, die darauf abzielen, das Frühfranzösisch abzuschaffen oder zumindest zu überdenken. Die Primarschülerinnen und -schüler seien damit überfordert, so der Tenor. In Zürich hatte sich das Kantonsparlament im September dafür ausgesprochen, Französisch erst ab der Oberstufe zu unterrichten, was landesweit für Polemik sorgte.

Etwas differenzierter ist die Situation auf der Stufe Berufsbildung. Der Bundesrat hatte im Oktober einen Bericht verabschiedet, der zeigt, dass mehr als die Hälfte der Lernenden obligatorischen Fremdsprachenunterricht erhält, Berufsmaturität mit eingerechnet.

Und der Anteil der Berufe mit obligatorischem Sprachunterricht ist seit 2010 kontinuierlich von 14 auf 22 Prozent gestiegen, wie die Landesregierung in einer Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss schreibt.



Die Förderung der zweiten Landessprache ist auf Stufe Berufsbildung nicht in Stein gemeisselt, sondern wird pragmatisch angewandt.

Symbolbild: Aldo Ellena

## Drei Fächer in der anderen Sprache

Wie geht der Kanton Freiburg mit der ersten Fremdsprache (also Französisch beziehungsweise Deutsch) während der Berufsbildung um? «Auszubildende, die Berufsmaturitätskurse belegen, lernen sowohl die zweite Landessprache als auch Englisch», erklärt Christophe Nydegger, Dienstchef beim Amt für Berufsbildung. «Darüber hinaus bieten alle Berufsfachschulen Wahlfächer an, insbesondere Sprachkurse.» Zudem werde im Bereich Handel und Detailhandel immer eine zweite Sprache unterrichtet.

Die Kaufmännische Berufsfachschule (KBS) bietet einen zweisprachigen Ausbildungsgang an. Die deutschsprachigen Lernenden besuchen drei Fächer in französischsprachigen Klassen, und umgekehrt. «Das ist etwas, was wir eindeutig unterstüt-

zen», schreibt Christine Carrard, Sprecherin der Freiburger Kantonalbank (FKB), auf Anfrage.

Die Bank bietet ihren Lernenden aber auch ein hausgemachtes Programm namens «Commerce+ / KV+» an. Lernende, die bestimmte Kriterien erfüllen, können ihre Ausbildung für ein Jahr unterbrechen und sechs Monate in England sowie anschliessend sechs Monate in Frankreich beziehungsweise Deutschland verbringen. «Diese Erfahrung fördert nicht nur die Sprachpraxis, sondern auch die interkulturelle Entwicklung», so Carrard.

Gerade bei der Sprachpraxis aber stellt die Kantonalbank dann doch einen Unterschied fest. «Alle deutschsprachigen Auszubildenden beherrschen am Ende ihrer Lehre die Partnersprache. Bei den Französischsprachigen ist dies weniger systematisch der Fall», so Christine Carrard. Sie führt dies darauf

zurück, dass bei der FKB Französisch die Hauptsprache ist und daher überwiegend auf Französisch gesprochen und geschrieben wird.

## Freiwillige Sprachschulung bei Groupe E

Die Freiburger Kantonalbank ist einer der Projektpartner des aktuellen FN-Projekts «Zeitung in der Berufsfachschule» (ZiB), bei dem sich Lernende in der Berufsfachschule mit Medien allgemein befassen und für die Freiburger Nachrichten Artikel schreiben. Ein weiterer ZiB-Partner ist das Energieunternehmen Groupe E. Beide Unternehmen gehören zu den bedeutendsten Arbeitgebern im Kanton.

Genauso wenig wie die FKB kennt auch Groupe E zwingende Sprachangebote für ihre Lernenden, wohl aber solche auf freiwilliger Basis. «Unsere Lernenden können einen Antrag auf Sprach-

schulung stellen, wenn dies für ihre Arbeit von Nutzen ist», schreibt Raphael Dubey, der bei Groupe E für die Weiterbildung und Entwicklung der Mitarbeitenden verantwortlich ist.

Er betont darüber hinaus, dass Groupe E alle Aktionen, Mitteilungen und Informationen im Zusammenhang mit der Berufsbildung stets in beiden Sprachen zur Verfügung stellt, um einen gleichberechtigten Zugang und eine einheitliche Kommunikation zu gewährleisten.

## Es ist die Arbeitswelt, die entscheidet

Was die Berufsfachschule betrifft, so sind es nicht die Behörden, sondern die jeweiligen Branchen, welche die Ziele und insbesondere die zu unterrichtenden Fächer bestimmen und auf den Arbeitsmarkt abstimmen. «Es ist also der Beruf selbst, der seine Bedürfnisse definiert und fest-

## A midi auf Deutsch

Wenn die Ausbildung einmal abgeschlossen ist, dann eröffnen sich für Mitarbeitende der Freiburger Kantonalbank und von Groupe E zahlreiche Möglichkeiten, um sich sprachlich weiterzubilden, wie die jeweiligen Sprecher auf Anfrage angeben. Beide Unternehmen unterstützen Sprachschulungen, zum Teil auch -aufenthalte. Und sowohl bei der FKB als auch bei Groupe E haben Mitarbeitende die Möglichkeit, vorübergehend in einer Niederlassung der jeweils anderen Sprache zu arbeiten. Zudem unterstützt Groupe E Deutsch-Gesprächskurse, die über die Mittagspause stattfinden und von einer Lehrerin oder einem Lehrer animiert werden. (*phi*)

legt, ob zum Beispiel eine zweite Sprache erforderlich ist», sagt Christophe Nydegger vom Amt für Berufsbildung.

Vor diesem Hintergrund sieht auch der Bundesrat keine Notwendigkeit, für alle Berufe generell einen Pflichtunterricht für eine Fremdsprache einzuführen, wie dies ein Postulat der ehemaligen Nationalrätin Martina Munz (SP, SH) fordert. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass weiterhin die Organisationen der Arbeitswelt und nicht der Staat die Lerninhalte bestimmen sollen. Er befürchtet, dass eine Pflicht zulasten der berufspraktischen Ausbildung ginge. Der Bundesrat empfiehlt den Branchen und den Kantonen jedoch, stetig zu prüfen, ob bei der beruflichen Grundbildung eine zweite Landessprache oder eine Fremdsprache eingeführt werden soll, insbesondere auch im Hinblick auf den nationalen Zusammenhalt.

# Steuererhöhung zeigt nicht die erwünschte Wirkung

Auf dieses Jahr hin hatte Kleinbösing seine Steuern erhöht. Dennoch schreibt die Gemeinde weiter rote Zahlen.

Urs Haenni

**Kleinbösing** Von 60 auf 75 Rappen im Verhältnis zum Kantonsfranken – diese Steuererhöhung hat Kleinbösing aufgrund düsterer Finanzaussichten vor einem Jahr beschlossen. Der höhere Steuerfuss gilt seit diesem Jahr.

Doch die erhoffte Wirkung bleibt noch aus. Schon das Budget 2025 hatte einen Aufwandüberschuss von 150'000 Franken vorgesehen, und mit dem Budget 2026 steigt dieses erwartete Defizit gar auf 177'000 Franken.

## Finanzausgleich mit Verzögerung

Finanzverwalterin Verena Langenegger sagte an der Gemeindeversammlung von Freitag, sie

und der Gemeinderat hätten «gar keine Freude gehabt» am neuen Budget. Wie sie aufzeigte, fallen fünf von neun Rechnungsstellen schlechter aus als beim letzten Budget, und viele von diesen seien durch Vorgaben vom Kanton und Gemeindeverbänden bestimmt. Bei anderen Bereichen, wo die Gemeinde mehr selbst bestimmen könne, stehe man besser da. Unter anderem ist bei den Eingängen aus Finanzen und Steuern ein Plus von 120'000 Franken zu erwarten.

Langenegger sagte, dass die Steuererhöhung noch nicht die erwartete Wirkung gezeigt habe, weil die Änderung am Steuerpotenzialindex und somit die Abgaben an den interkommunalen Finanzausgleich erst mit einer Ver-

zögerung von zwei Jahren in Kraft treten. Dies zeigt sich im Finanzplan auch darin, dass ab 2027 die laufende Rechnung der Gemeinde mehr oder weniger ausgeglichen sein dürfte. Dank der Steuererhöhung müsse man sich aber nicht noch mehr verschulden. Derzeit beträgt das Fremdkapital Kleinbösingens rund 4 Millionen Franken.

## Ergänzungsleistungen sorgen für die Differenz

Dass der Voranschlag 2026 noch einmal negativer als jener von 2025 ist, begründete die Finanzkommission insbesondere damit, dass die Gemeinde nach Vorgaben des Kantons nun rund 50'000 Franken Kosten für Ergänzungsleistungen übernehmen müsse. Im

Gegensatz zur Steuererhöhung zeigt die Erhöhung des Wasserpreises ihre Wirkung. Zum ersten Mal kann die Gemeinde für 2026 ein positives Ergebnis in der Spezialfinanzierung bei der Wasserversorgung budgetieren. Es ist ein Bereich, der kostendeckend sein muss.

Für 2026 sind Nettoinvestitionen von 955'000 Franken vorgesehen. Viele davon sind bereits in vergangenen Jahren genehmigt worden und betreffen hauptsächlich die Schulen in Gurmels.

Neu hinzu kommen zwei Kredite, welche die Versammlung am Freitag genehmigte. 18'000 Franken beträgt der Anteil von Kleinbösing an der Sanierung eines Flachdachs der Primarschule in Liebistorf. Die Arbeiten sind be-

reits ausgeführt. Dazu wird die Gemeinde für 30'000 Franken die Heizung und das Klimage-rät im Gemeindehaus ersetzen. Neu setzt Kleinbösing auf eine Luft-Luft-Wärmepumpe.

## Nachfolge im Gemeinderat gesichert

Wie Gemeindepräsident Pascal Udry mitteilte, wird er auf die kommenden Wahlen sein Amt niederlegen, und auch Angel Luaces Blanco tritt aus dem Gemeinderat zurück. Man habe aber schon zwei Kandidaten für die kommenden Wahlen gefunden. Die Listeneingabe für die Kommunalwahlen ist bis zum 26. Januar möglich. (*uh*)

ANZEIGE



## Tsunami auf dem Schiffensee

Autor Armin Schöni spinnt eine Geschichte von einer abenteuerlichen Bootsfahrt auf dem Schiffensee... Alles nur Fantasie? Nachzulesen in der neuesten Ausgabe des Volkskalenders.

Der Freiburger Volkskalender ist jetzt in vielen Dorfläden, Kiosken und Buchhandlungen erhältlich.